

Tagesordnung III Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 17. Februar 2011

Antrags-Nr. 10-F-03-0034

Verlängerung der Atomlaufzeiten: Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von ESWE Versorgung

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.09.2010 -

Der Schaden für kommunale Energieversorger durch eine zwölfjährige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird auf 4,5 Milliarden Euro geschätzt, so Albert Filbert als Vertreter der Stadtwerkevereinigung 8KU.

Durch die Laufzeitverlängerung würde ausschließlich die Wettbewerbsposition der großen Energieversorger verbessert. Um diesen Marktvorteil auszugleichen, verlangt die Stadtwerkevereinigung 8KU eine Ausgleichszahlung der Bundesregierung für die mittelständischen Energieversorger, zu denen die Stadtwerke zählen.

Die kommunalen Versorger fürchten, dass Investitionen in erneuerbare Energien nicht mehr rentabel sein könnten, da die längeren Laufzeiten der abbeschriebenen Atomkraftwerke für Überkapazitäten sorgten.

Investitionspläne für erneuerbare Energieerzeugung und GUD-Kraftwerke würden wegen Unrentabilität in den Schubladen bleiben müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Forderung der Stadtwerkevereinigung an, die Marktvorteile der großen Energieversorger durch Ausgleichszahlungen an die Stadtwerke zu kompensieren.

Der Magistrat möge berichten,

1. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen werden durch die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke auf ESWE Versorgung erwartet?
2. Welche Auswirkungen werden durch die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke auf die kürzlich vorgestellten Investitionspläne für den Ausbau der erneuerbaren Energien erwartet?

Beschluss Nr. 0073

1. Das Schreiben des Oberbürgermeisters vom 31.01.2011 und die Stellungnahme von ESWE vom 21.01.2011 werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.09.2010 betr.

Verlängerung der Atomlaufzeiten: Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von ESWE Versorgung

hat dadurch seine Erledigung gefunden.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 09.02.2011 BP 0025)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2011
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2011
im Auftrag

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock